



WORTE UNSERES LANDESCHEFS

Nicht Spielball, sondern Spielmacher

Die Bundestagswahl liegt hinter uns. Während ich diese Zeilen schreibe, versuchen die designierten Koalitionspartner CDU/CSU und SPD die Grünen mit aller Macht davon zu überzeugen, dass das Aushebeln der Schuldenbremse sowie das 500 Milliarden Euro Sondervermögen für unser Land derart wichtig ist und man auch als zukünftige Oppositionspartei dem zustimmen sollte. Es wird viel geredet, wie immer. Es ist leider in den letzten Jahren ein Kernelement der Politik unseres Landes geworden, dass Phrasen und parteitaktisches Verhalten im Vordergrund stehen. Die Welt um uns herum dreht sich aber weiter und das in einer unheimlichen Geschwindigkeit. Wir müssen endlich ins Machen kommen, um nicht Spielball, sondern Spielmacher zu sein.

Stephan Weh

Unser früherer Außenminister Joschka Fischer, Grünen und 1998 eine der treibenden Kräfte in einer mit dem Jahr 2025 vergleichbaren Situation, als es um den Einsatz im Kosovo ging, hat es erst kürzlich mit bemerkenswerten Worten kommentiert. Er sagte, dass eine Zustimmung zu den CDU/CSU/SPD-Plänen für Deutschland und Europa notwendig wäre und er als Bürger Angst davor habe, wenn das Paket nicht durch den Bundestag beschlossen wird. Dann würde man einen Scherbenhaufen hinterlassen.

Ja, es geht auch darum, dass wir das irgendwann alles zu bezahlen haben und wir auch in der Verantwortung stehen, den folgenden Generationen keinen Riesenschuldenberg zu hinterlassen. Ein führender Wirtschaftsexperte sagte zuletzt aber auch nicht zu Unrecht, dass es nichts bringt, heute nicht zu investieren, wenn man den folgenden Generationen kein völlig kaputtes Land hinterlassen möchte. Wir brauchen Investitionen in unsere Infrastruktur, in Krankenhäuser, Schulen, Digitalisierung und nicht zuletzt in die innere Sicherheit. Es sind genau die-

se Bereiche, die alle Politiker quer durch die Republik immer wieder benennen und für ihren Wahlkampf nutzen. Sie sprechen darüber und versprechen, dass hier etwas passieren muss. Darin erschöpft es sich dann ganz oft, im Bund, in den Ländern.

Wer mit „innere Sicherheit“ für sich und seine Partei wirbt, der muss anschließend auch liefern! Die innere Sicherheit entscheidet in unserem Land Wahlen. Als GdP sprechen wir das immer wieder an. Auch in meinen politischen Gesprächen weise ich wiederholt darauf hin, dass innere Sicherheit einer der großen Eckpfeiler dafür ist, wo wir Wähler bei der Wahl unser Kreuz setzen. Die tägliche Medienberichterstattung bestätigt das. Hier wird seit Jahren sehr deutlich sichtbar, dass Regierungen, aber auch Parteien ganz stark am Erfolg oder Misserfolg ihrer Innenpolitik gemessen werden. Wir spüren in den Worten in dieser Legislaturperiode eine große Rückendeckung. Was aber ist seitdem Anfassbares passiert? Wir haben keine bessere Personalausstattung, an unseren Dienststellen und Fahrzeugen nagt wei-

ter der Zahn der Zeit, in Sachen Ausrüstung ist auch nichts passiert, aber die Arbeitsbelastung nimmt weiter zu.

Übersetzt heißt es, die Belastung der inneren Sicherheit steigt und steigt. Unsere Kolleginnen und Kollegen der Polizei Berlin, der Berliner Feuerwehr, der Bürger- und Ordnungsämter, von LABO und LEA, sie alle sind an der Belastungsgrenze oder bereits darüber angelangt. Immer mehr Aufgaben und politische Wünsche stehen der Realität entgegen. Die Realität heißt: weniger Personal, sanierungsbedürftige und kaputte Dienststellen, ein viel zu kleiner Fuhrpark, kein Ankommen in der digitalen Gegenwart und, und, und ... Gekrönt wird das mit einem Sparhaushalt. Es wird also nicht in Wahlversprechen investiert, sondern es wird ein Wahlversprechen einkassiert!

Der Berliner Landeshaushalt scheint zu knapp für Investitionen in unser aller inneren Sicherheit und darum fordern wir als GdP seit Jahren ein Umdenken in der Politik und auch einen mutigen Weg nach vorn. Umdenken heißt für uns vor allem, dass sich die Polizei emanzipieren muss. Unsere Kernaufgaben müssen im Mittelpunkt unserer Arbeit stehen. Unter der Überschrift „Pflicht und Kür“ muss unser Personal eingesetzt werden. Wir haben diesen Beruf nicht zur Erfüllung und Bearbeitung von Statistiken gewählt. Lasst uns unsere Arbeit machen, fernab von politisch-ideologischen Wünschen.

Der mutige Weg ist für uns der, dass wir den künftigen Generationen eine funktionierende Stadt übergeben wollen, die sich diese Stadt nicht durch Sparzwänge kaputtgestaltet. Darum fordern wir ein Sondervermögen für innere Sicherheit, Justiz und Bevölkerungsschutz für unsere Stadt, denn diese Investitionen wären nachhaltig und auch nachhaltig zur Stärkung unseres demokratischen Zusammenlebens.

Kai Wegner sagte einmal: „Einfach mal machen!“ Macht jetzt einfach mal Politik, die unsere Demokratie stärkt! Macht jetzt einfach mal innere Sicherheit, die unsere Demokratie stärkt! Macht jetzt einfach mal nicht den Fehler und taktiert ideologisch bis ins Kleinste. Denn wer regiert, der regiert nicht nur für sich und auch nicht seine Wähler, sondern eine ganze Stadt oder ein ganzes Land! ■



Liebe Kolleginnen und Kollegen,

in unserer Aprilausgabe blicken wir auf den 90. Geburtstag von Georg Schertz, der mit seinem Wirken die Berliner Polizei prägte und nach der Wende erster gemeinsamer Polizeipräsident wurde. Ein interessantes Interview mit dem innenpolitischen Sprecher der Linken und unserem GdP-Sprecher Benjamin Jandro fand statt und ist auf Seite 4 zu finden. Zudem traf sich unser Landesvize Stephan Kelm mit Verkehrssenatorin Ute Bonde zu einem konstruktiven Gespräch. Wie immer blicken wir auch diesmal auf unsere Jubilare und Geburtstagskinder. Ich wünsche allen Lesern einen guten Start in den Frühling und ein frohes Osterfest.

Landesredakteur Dirk Böttger

„MITHELFEN, DEN RECHTSFRIEDEN UND DEN INNEREN FRIEDEN ZU WAHREN“

Zum 90. Geburtstag von Georg Schertz

Werner Thronicker

Am 24. April 2025 feiert Georg Schertz seinen 90. Geburtstag. In Berlin-Charlottenburg geboren, ward ihm nicht an der Wiege gesungen, dass er dereinst als Polizeipräsident in Berlin für die innere Sicherheit der Bürger seiner Heimatstadt Verantwortung tragen sollte, in der seine Vorfahren bereits seit Mitte des 17. Jahrhunderts lebten. Ein wenig „Stallgeruch“ muss er jedoch von seinem Vater Erwin Schertz mitbekommen haben, der als Major der Schutzpolizei 1934 aus politischen Gründen von den Nazis entlassen wurde. Er vermittelte ihm die guten preußischen Tugenden wie Pflichtgefühl, Disziplin, Aufrichtigkeit, nach denen Georg Schertz während seiner gesamten beruflichen Laufbahn lebte.

Seit seiner Jugend wohnt er auf der Havelinsel Schwanenwerder. Zunächst drückte er die Schulbank in der Volksschule Nikolasee, um später 1954 im altsprachlichen Gymnasium in Berlin-Steglitz das Abitur zu bestehen. Mit dem Reifezeugnis in der Tasche studierte er an der FU Berlin Rechtswissenschaften. Die zweite juristische Staatsprüfung schloss er 1963 mit der Beurteilung „voll befriedigend“ ab. Bereits zehn Jahre später wurde er zum Vizepräsidenten des Amtsgerichts ernannt und war in dieser Funktion für alle sieben Westberliner Amtsgerichte zuständig.

Der 13. Mai 1987 war der Wendepunkt in seiner Karriere. Innensenator Dr. Wilhelm A. Kewenig (CDU) schlug den parteilosen Georg Schertz zum neuen Polizeipräsidenten in Berlin vor. Er wurde der 38. Polizeipräsident in der Reihenfolge derjenigen, die seit dem 25. März 1809 das Amt des Polizeipräsidenten in Berlin bekleiden durften. Bei seiner Amtseinführung betonte er seine Absicht, dabei mitzuhelfen, den Rechtsfrieden und den inneren Frieden zu wahren, damit die Bürger ihre politischen Freiheitsrech-



Foto: GdP Berlin

te gestalten und ihre Persönlichkeit entfalten können.

Nach dem Regierungswechsel im März 1989 entwickelte sich eine hervorragende, vertrauensvolle Zusammenarbeit mit dem neuen Innensenator. Für ihn war das selbstverständlich, denn schließlich hatte er mit seinem Amtseid auf die Verfassung geschworen und nicht auf einen Innensenator oder gar eine Partei. Am 1. Mai 1989 ereigneten sich die schwersten Krawalle, die Berlin jemals erlebt hatte. Innensenator Erich Pätzold setzte auf Eskalation, was seitens der autonomen Hausbesetzerszene nicht honoriert wurde. Nachdem der Schlachtenlärm auf den Kreuzberger Straßen verhallt war, begannen die Schuldzuweisungen. Innensenator Pätzold geriet in arge Bedrängnis. Erst mit dem Ergebnis der von ihm eingesetzten „Gintzel-Arbeitsgruppe“ räumten die Polizeiführer ihre Versäumnisse ein. Landespolizeidirektor Manfred Kittlaus, von

Georg Schertz gestützt, blieb im Amt. Er dankte es ihm nicht.

Mit Billigung der vier Alliierten wurde dem Polizeipräsidenten in Berlin am 1. Oktober 1990 die Polizeihochschule für ganz Berlin übertragen. Fast 10.000 ehemalige Volkspolizeiangehörige wurden in kurzer Zeit beschult und die ehemals getrennten Polizeiorganisationen zusammengeführt. Insbesondere für diese Leistung wurde ihm am 21. Dezember 2022 das Bundesverdienstkreuz verliehen.

Nach dem neuerlichen Regierungswechsel 1991 zeichnete sich bald ab, dass sich Innenpolitiker der CDU auf dem Kriegspfad gegen den Polizeipräsidenten befanden. Der neue Innensenator Dr. Dieter Heckelmann, der wenig fachliche Kompetenz in Sachen innerer Sicherheit mitbrachte, war nicht bereit, Schertz gegen ungerechtfertigte Angriffe und Diffamierungen, die sogar bis in seine Privatsphäre reichten, zu verteidigen. Das Vertrauensverhältnis war nachhaltig zerrüttet. Schließlich warf Georg Schertz das Handtuch. Er forderte am 10. Juni 1992 seine Abberufung. Schertz verließ erhobenen Hauptes unter großem Beifall der Kollegenschaft das Polizeipräsidium. Die fünf Jahre seiner Polizeipräsidentschaft bezeichnete er als „verdichtete Geschichte“ und als seine „Lebensleistung“. Die Schuhe, die er seinem unmittelbaren Nachfolger hinterließ, waren diesem in jeglicher Hinsicht um viele Nummern zu groß.

In den Folgejahren übernahm er ehrenamtlich die Präsidentschaft im Deutschen Richterbund. Er unterstützte die von Hinkeldey-Stiftung und engagierte sich 18 Jahre im Kuratorium der von der GdP gegründeten Volker-Reitz-Stiftung.

Die GdP wünscht Georg Schertz alles Gute zu seinem Geburtstag. Mögen Gesundheit und Wohlergehen ihn in der Zukunft begleiten. ■



Hier findest Du uns
in den Social-Media-Kanälen



Busexkursion

WAREN (MÜRITZ)

19
Juni
2025

Seniorengruppe GdP Berlin

95,00 €

Anmeldung per E-Mail
paul.vogler@gdp-service.berlin




GdP & GdP Service GmbH
Wir sind ein starkes Team!

Stadtrundfahrt
Waren
mit der Tschu-Tschu Bahn

Kaffeetrinken
Röbeler
Binnensee

Schiffahrt
ab Malchower
Kloster



» Landeschef Stephan Weh via Berliner Morgenpost

Skeptischer gibt sich die Berliner Gewerkschaft der Polizei GdP: „Viele unserer Kollegen erleben die gefühlte 100. Strukturreform und natürlich überwiegt da erst einmal Ablehnung“, sagt GdP-Landeschef Stephan Weh. „Der bis hierhin feststehende Rahmen zur Novellierung der Abschnitte und Stäbe ist bis dato wenig konkret.“ Man werde den weiteren Prozess als Beschäftigtenvertretung daher konstruktiv-kritisch begleiten. Klar sei es wichtig, eine zukunftsfähige Polizei aufzustellen, „die sich losgelöst von politischen Einflüssen und Wünschen auf ihre Kernaufgaben konzentrieren kann. Das kann aber nur funktionieren, wenn die Beschäftigten auf den Dienststellen mitgenommen werden“, so Weh weiter.

INTERVIEW DES MONATES – NIKLAS SCHRADER (DIE LINKE)

Das Stichwort heißt Entkriminalisierung

Seit 2016 ist Niklas Schrader bereits Mitglied im Abgeordnetenhaus, und seitdem trafen sich unsere Wege immer wieder. In dieser Legislaturperiode agiert der Innenpolitische Sprecher der LINKEN erstmals aus der Opposition heraus. Warum er beim Thema Videoüberwachung gar nicht komplett abgeneigt ist, warum er das Ergebnis der Bundestagswahl als Chance und Riesenaufgabe für die Berliner LINKE sieht und warum er bei Versammlungen Fingerspitzengefühl der Polizei erwartet.

Im Gespräch mit Benjamin Jendro

DP: Lieber Herr Schrader, wie war es so bei Ihnen am 23. Februar abends, haben die Sektkorken geknallt?

Schrader: Bei uns ist natürlich ein Riesenjubiläum ausgebrochen. Wir haben bis vor ein paar Wochen damit rechnen müssen, dass wir komplett abschmieren und haben stattdessen ziemlich abgeräumt.

DP: Gibt das auch für die Berliner LINKE Aufwind mit Blick auf die Abgeordnetenhauswahlen 2026?

S: Das hoffen wir natürlich und schauen mit großer Vorfreude auf 2026. Wir haben unglaublich viele neue Mitglieder gewonnen, bei denen wir schauen müssen, wie wir sie einbinden und Potenziale nutzen. Das ist eine Riesenaufgabe, aber auch eine Chance.

DP: Bis dahin aber heißt es Oppositionsarbeit. Was steht denn im Bereich innere Sicherheit auf der Partei-Agenda?

S: Das Allerwichtigste sind im Moment der Landeshaushalt und die vielen Kürzungen, die da im Raum stehen. Wenn man das Thema innere Sicherheit etwas weiter fasst, geht es auch um Gewaltprävention, Jugendarbeit, Suchthilfe, Sozialarbeit. Wenn es da massive



Foto: Ben Gross Photography

Kürzungen gibt und bestehende Strukturen zerstört werden, kann das zu großen Problemen in der inneren Sicherheit führen. Deshalb kämpfen wir gegen diese Kürzungen und machen konkrete Vorschläge: Steueranpassungen, um die Einnahmesituation zu verbessern, oder eine Reform der Schuldenbremse – wobei wir auch mit den bestehenden Möglichkeiten mehr getan hätten als die Berliner Landesregierung.

DP: Sehen Sie da auch konkrete Dinge, die man bei der Polizei ändern könnte, um effektiver zu arbeiten?

S: Das Stichwort lautet Entkriminalisierung. Die halbgeare Cannabis-Legalisierung kann nur ein erster Schritt gewesen sein. Da kann man schon weitergehen und Polizei sowie Justiz entlasten. Es gibt auch andere Bereiche, wo die Polizei nicht zwingend herhalten muss, wie den Verkehrssektor. Und die Dimension mancher Großeinsätze sollte man überdenken, auch im Sinne der Entlastung.

DP: Aber möchte Die LINKE wirklich die Arbeitsfähigkeit der Polizei verbessern? Die neue Bundestagsfraktion machte gleich mal ein Video mit dem Schlachtruf „Alerta, alerta antifascista“, das hören wir dann am 1. Mai zwischen fliegenden Steinen auch wieder. Wofür steht Die LINKE wirklich?

S: Wir stehen auf jeden Fall konsequent für Antifaschismus. Genau dafür wurde Die LINKE von so vielen Menschen in den Bundestag gewählt. Übrigens stehen wir hier Seite an Seite mit den Gewerkschaften, auch die Tradition des DGB ist eine antifaschistische. Wir müssen dem Rechtsruck in unserem Land entgegenreten und die demokratischen Werte verteidigen. Da hoffe ich, dass wir viele Institutionen an unserer Seite haben.

DP: Da stehen wir Seite an Seite. Wie ist es beim Thema Videoüberwachung?

S: Ich sehe sie in dem Ausmaß, das einige im Blick haben, durchaus kritisch. Eine Gesellschaft, die unter ständiger Beobachtung steht, kann keine freie Gesellschaft sein. Die Wirksamkeit wird weithin überschätzt. An bestimmten Orten kann sie aber durchaus Sinn machen.

DP: Wo denn beispielsweise?

S: Ihren GdP-Vorschlag, Botschaften und Synagogen, also konkrete Orte mit einer klar definierten Gefährdungslage, mit Kameras zu überwachen, kann ich nachvollziehen. Hier geht es darum, gefährdete Objekte zu schützen, ohne Straftaten einfach nur zu verdrängen.

DP: Sie sprechen Synagogen an. Der Israel-Hass in Berlin steigt. Müssen wir angesichts der vielen extremistischen Straftaten auch über Anpassungen bei der Versammlungsfreiheit diskutieren?

S: Ich erkenne an, dass es für die Polizei eine schwere Aufgabe ist, die Versammlungsfreiheit zu gewährleisten und gegen einzelne vorzugehen, die diese missbrauchen. Es gibt aber aus meiner Sicht keine Alternative. Wir haben in Berlin ein grundrechtsfreund-

Foto: GdP Berlin



» Sprecher Benjamin Jendro via B.Z.

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) begrüßt die Aktualisierung. „Der Leitfaden ist eine sehr gute unterstützende Maßnahme für die Kräfte draußen auf der Straße“, so GdP-Sprecher Benjamin Jendro zu B.Z. „Wir haben es heute mit globalen Konflikten, verfassungsfeindlichen Symbolen und Codes zu tun, die vor zehn Jahren den wenigsten bekannt waren.“ Jendro sagt allerdings auch: „Man muss gerade in anderer Sprache propagierte Phrasen auch erkennen. Insofern reden wir angesichts der vielen Nahost-Versammlungslagen auch über Kapazitäten bei Dolmetschern.“

liches Versammlungsrecht geschaffen und ich glaube, dass unsere Gesellschaft viel aushalten muss, es aber auch kann. Ich bin auch dagegen, alle Menschen in einer Versammlung für das Verhalten Einzelner haftbar zu machen. Das VersFG gibt schon jetzt viele Möglichkeiten her, gegen Menschenfeindlichkeit und Gewalt vorzugehen.

DP: Also muss man schon in Kauf nehmen, dass fremdenfeindliche Parolen gegrölt werden und die Polizei erst dann eingreifen kann? Wir haben ja durchaus

in den letzten Monaten einige Teilnehmerverbote bei propalästinensischen Demos ausgesprochen. Die Protagonisten waren dann doch dabei, haben es in Social Media gestreamt, Parolen abgesetzt und wurden dann erst herangezogen.

S: Es ist schon richtig und wichtig, dagegen vorzugehen, wenn Straftatbestände erfüllt sind. Schwierig finde ich es aber, wenn bereits pauschale Annahmen oder vage Vermutungen zur Untersagung führen. Wenn

bei vielen Menschen, die einfach nur friedlich ihre Forderungen sichtbar machen wollen, ein Ohnmachtsgefühl entsteht, schadet das allen Seiten.

DP: Letzte Frage – sehen wir uns am 1. Mai bei der revolutionären 18-Uhr-Demo?

S: Na klar. Ich beobachte die Einsätze seit gut 15 Jahren. Ich hoffe, dass wir künftig mit weniger Polizeikräften auskommen. Das wäre doch auch in Ihrem Sinne, oder? ■

Politisch vernetzt

Deine GdP im Gespräch mit Verkehrssenatorin Ute Bonde

Unser Landesvize Stephan Kelm war Anfang März auf Einladung von Senatorin Ute Bonde in der Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt am Kölnischen Park. In einem sehr konstruktiven Gespräch ging es um die Verkehrssicherheit in der Hauptstadt, die Fahrradstaffel der Dir E/V und in den örtlichen Direktionen, die Kriminalitätsbekämpfung im ÖPNV sowie den Polter-Irrsinn, der sich zunehmend als Problem für Einsatzfahrten von Polizei und Feuerwehr herausstellt. ■

Foto: GdP Berlin



Anzeige

TOPCLEAN
TEXTILREINIGUNG

SAUBER SPAREN

Top Angebote für eure Dienstkleidung
(gegen Vorlage deines Dienstausweises)

Jedes **Oberhemd** nur **1,79 €**
(Damen/Herren, Langarm/Kurzarm, Dienst-/Freizeithemd)

20% auf jedes **andere Teil**
(Hose, Rock, Sakko, Wetterjacke, Daunen, u.v.m.)

FILIALFINDER

TopClean

9x in Berlin



» Landeschef Stephan Weh via Berliner Morgenpost

Die Berliner Gewerkschaft der Polizei (GdP) vermutet einen linksextremen Hintergrund des Anschlags. „Das Ergebnis der Bundestagswahl basiert stark auf außen- und innenpolitischen Themen und hat den Bundestag konservativer werden lassen“, analysiert GdP-Landeschef Stephan Weh. „Das mögen einige nicht toll finden, aber extremistische Anschläge sind darauf die falsche Antwort, sie gefährden unseren demokratischen Zusammenhalt.“ Deutschland brauche nicht nur mit Blick auf die aktuelle globale Situation, die Lage in der Ukraine und das merkwürdige Verhalten der USA eine gut aufgestellte Bundeswehr. „Ein solcher Angriff schwächt unsere Sicherheit im Inneren und vor Bedrohungen von außen“, betont Weh.



Geburtstage

80. Geburtstag

Manfred Krawczyk
Michael Moehner
Britta Parschau
Michael Schmidt

81. Geburtstag

Eckhard Dittmar
Ulrich Gröschow
Harri Hackradt
Holger Wobst
Peter Zeller

82. Geburtstag

Kurt Kirscht
Klaus-Peter Laudien
Peter Merz
Tassilo Schmidt
Karl-Heinz Troike
Waltraud Woytnik

83. Geburtstag

Werner Eule
Heidemarie Harbers
Klaus Hoffmann
Bernd Junge
Doris Krause
Fred Mehley
Klaus-Dieter Platu
Jürgen Preiss
Gisela Riemann
Wolfgang Streit

84. Geburtstag

Klaus Dieter Bernitz
Hans-Georg Stark

85. Geburtstag

Wolfgang Conrad
Dieter Hinze
Gerd Neumann

86. Geburtstag

Ingrid Anders
Dieter Bleschke
Winfried Dahl
Klaus Fritsche
Michael Kern
Jürgen Krüger
Edith Möhring
Walter Neumann

87. Geburtstag

Erika Englert
Gerhard Kleinhuber
Klaus Neinaß
Lothar Steinkrug
Hedwig Tolkendorf

88. Geburtstag

Peter Bahls
Helmut Heilscher
Karl-Heinz Krause
Dieter Reulecke
Peter Trauer
Hans-Dieter Zupke

89. Geburtstag

Karl-Heinz Kleeberg
Gisela Klomfaß
Hubertus Wisheth
Manfred Zachow

90. Geburtstag

Horst Michaelis
Karl-Heinz Neumann
Gisela Schmidt
Siegfried Wetzell

91. Geburtstag

Joachim Roesler

92. Geburtstag

Rudi Reschke

93. Geburtstag

Barbara Awiszus
Eva Klein
Willi Ramm
Werner Szafranski

96. Geburtstag

Heinz Herrmann

97. Geburtstag

Gerd Radtke

98. Geburtstag

Helga Laube

Jubiläen

25 Jahre

Eric Bethke
Ralf Bosien
Mario Brüdigam
Andreas Ernst
Frank Gottsmann
Torsten Graul
Ralf Lux
Henrik Megow
Sören Miosge
Silvia Schumacher
Thomas Tegge
André Thews
Stefan Thöbes
Rene Truschkewitz
Stefan Zimmermann

40 Jahre

Andre Alpermann
Marco Förster
Tobias Henrich
Frank Hermes
Andreas Hetz
Mario Hintze
Rene Holznagel
Thomas Huß
Stephan Kelm
Stefan Kirstein
Diana Kliche
Detlef Köppe
Kerstin Kuhn
Angelika Kurzke
Frank Ploth
Margitta Rau
Stefan Reichert

Tobias Riedel
Beatrice Rolff
Torsten Schill
Ben Schwanau
Bärbel Starke-Laube
Carsten Wrobbel

50 Jahre

Hans Dammann
Michael Neuhaus

60 Jahre

Dieter Minge
Harry Paul
Wolfgang Rieck

70 Jahre

Rudolf Siebler



» Sprecher Benjamin Jendro via Tagesspiegel

Der Berliner Landessprecher der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Benjamin Jendro, forderte aufgrund der Ausschreitungen am Samstagabend Änderungen im Versammlungsfreiheitsgesetz. Lücken, die Extremisten immer wieder ausnutzen, müssten geschlossen werden, teilte er am Sonntag mit. Auch die Versammlungen am Frauentag seien wieder „mit diesem unsäglichen Israel-Hass auf unseren Straßen besudelt“ worden, tätliche Angriffe gegen die Polizeibeamten könne die Politik nicht als normale Tageslage abtun, so die Mitteilung.

Veranstaltungen

Landesfrauengruppe

Wann: Mittwoch, 23. April.

Wo: GdP-Geschäftsstelle, Kurfürstenstraße 112, 10787 Berlin.

Seniorengruppen

Dir 1

Wann: Mittwoch, 2. April, 13 Uhr.

Wo: Restaurant Dorfaue, Alt-Wittenau 56, 13437 Berlin.

Info: Neuwahl des Seniorenvorstandes. Die Wahl ist nur in der Versammlung möglich.

Kontakt: Werner Faber, Tel.: (030) 4032839.

Dir 2

Wann: Dienstag, 1. April, 15 Uhr.

Wo: Spanisches Restaurant El Manuel, Sandstraße 37/Ecke Meydenbauerweg, 13593 Berlin.

Info vorab: Neuwahlen für den Seniorenvorstand Dir 2 am Dienstag, 6. Mai 2025.

Kontakt: Regina Geisler, Tel.: (030) 92124397, oder Jürgen Gesch, Tel.: (03322) 210390.

Dir 3

Wann: Dienstag, 22. April, 14 Uhr.

Wo: Restaurant „Van Lang“, Marzahner Promenade 42, 12679 Berlin.

Kontakt: Peter Rhode, Seniorengruppe Dir 3/Ost

Dir 4

Wann: Mittwoch, 9. April, 16 Uhr

Wo: Adria-Grill, Kaiser-Wilhelm-Straße 55, 12247 Berlin.

Kontakt: Peter Müller, Tel.: (030) 7967520, oder Erika Schink, Tel.: (030) 74771820.

Fahrradgruppe Dir 4

Wann: Montag, 28. April

Info: Anradeln 2025

Kontakt: Ingo Müller, Tel.: (030) 7110815

Dir 5

Wann: Dienstag, 1. April, 14 Uhr.

Info: Wahlversammlung der Seniorengruppe Dir 5. Hinweis: Nur Mitglieder sind wahlberechtigt!

Wo: Restaurant Split, Blücherplatz 2, 10961 Berlin.

Kontakt: Renate Katzke, Tel.: (0173) 1685766.

Dir LPD/PPr/ZS

Wann: Dienstag, 6. Mai, 16 Uhr

Wo: Lokal FRABEA.

Info: Sitzung Seniorengruppe mit Vorstandsnwahlen und anschließender Einladung zum Spargel-/Schnitzessen. Bei Teilnahme bitten wir Euch aus organisatorischen Gründen Eure verbindliche Anmeldung bis zum 29. April 2025 mitzuteilen!

Kontakt: Alberto Fourneau, Tel.: (030) 4651559 oder a.fourneau@gmx.de

PA

Wann: Dienstag, 29. April, 15 Uhr.

Wo: Adria-Grill, Kaiser-Wilhelm-Straße 55, 12247 Berlin.

Info: Wahlen für den neuen Vorstand in der Seniorengruppe PA

Kontakt: Bernd Böhme, Tel.: (030) 85719550.

LKA

Wann: Freitag, 4. April,

Wo: Wasserstraßenkreuz Magdeburg

Info: Tagesausflug mit „Susanna's Landpartie“ zum Wasserstraßenkreuz Magdeburg mit Schifffahrt, Mittagessen und Kaffeegedeck. Abfahrt vormittags von verschiedenen Haltepunkten im Süden Berlins – Rückkehr circa 19 Uhr. Unkostenbeitrag: 98 €. Anmeldung erforderlich!

Wann: Dienstag, 22. April 2025, 13 Uhr.

Wo: Restaurant Remise No. 1, Mariendorfer Damm 90, 12109 Berlin-Mariendorf.

Kontakt: Bärbel Thieler, Tel.: (030) 6043174, oder Jürgen Heimann, Tel.: (030) 7217547.

BüO

Wann: Mittwoch, 9. April, 15 Uhr.

Wo: Restaurant Paracas II, Friedrichstraße 12, 10969 Berlin, Nähe U-Bahnhof Hallesches Tor

Kontakt: Rita Grätz, Tel.: (0171) 3895760.

LSV (Landesseniorenvorstand)

Wann: Donnerstag, 10. April, 14 Uhr

Wo: Treffpunkt Hauptbahnhof, Ausgang Europaplatz (an den Briefkästen).

Info: Stadtspaziergang mit Herrn Woy, EuropaCity.

Anmeldungen: Paul Vogler, vogler@gdp-berlin.de, oder Rita Grätz, Tel.: (0171) 3895760.

Hinweis der Redaktion:

Liebe Mitglieder,

in der letzten Ausgabe sind uns aufgrund technischer Probleme ein paar Fehler bei den Geburtstagen passiert, sodass Geburtstagskinder falschen Bezirksgruppen zugeordnet wurden. Wir bitten das zu entschuldigen und geloben Besserung. Die Glückwünsche nehmen wir aber nicht zurück.

Anzeige

MEDIRENTA



Wer kümmert sich, wenn ich einmal ausfalle?

MEDIRENTA übernimmt Ihre Beihilfe-, Kranken- und Pflegekostenabrechnungen.
Als GdP-Mitglied profitieren Sie von besonderen Vorteilen.
Sorgen Sie vor! Fragen Sie nach dem Notfall-Tarif: **030 / 27 00 00**

Beihilfe – leicht gemacht!
www.medirenta.de



GdP-Berlin-Partner MEDIRENTA informiert:

Ablehnung der Kostenübernahme?

Was tun, wenn PKV oder Beihilfe die Übernahme der beantragten Kranken- oder Pflegekosten ablehnt?

Die Absicherung durch die Beihilfe in Kombination mit der privaten Krankenversicherung, der sogenannten Restkostenversicherung, gilt gemeinhin als Königsweg, um im Krankheits- oder Pflegefall bestens abgesichert zu sein. Denn in der Regel bietet der größere Leistungsumfang und der individuelle Zuschnitt auf die Bedürfnisse des Betroffenen große Vorteile – von der bevorzugten Terminvergabe in den meisten Arztpraxen nicht zu reden.

Beihilfeberechtigte Privatversicherte sind in persona die Vertragspartner ihrer Versicherung. Für diese und auch für die Beihilfe gilt: Man muss in Vorleistung treten und bekommt im Regelfall seine Gesundheitsaufwendungen unkompliziert und oft auch vollständig erstattet. Was aber, wenn die Übernahme der Kosten von der Krankenversicherung oder der Beihilfe verweigert wird?

Gründe der Verweigerung

Der häufigste Grund, die Kostenerstattung zu verweigern, ist die **fehlende medizinische Notwendigkeit**.

Drei entscheidende Bedingungen für die Erstattung müssen dafür erfüllt werden:

1. **Vorliegen einer Erkrankung:** Es muss tatsächlich eine Krankheit oder ein gesundheitliches Problem bestehen.
2. **Angemessene diagnostische Maßnahmen:** Die durchgeführten diagnostischen Maßnahmen müssen objektiv zur Erkrankung passen.
3. **Behandlungserfolg:** Die Behandlung muss eine Heilung, Linderung oder zumindest das Verhindern einer Verschlimmerung der Symptome versprechen.

Laut dem Bundesgerichtshof (IV ZR 278/01, Urteil vom 12.3.2003) gilt eine Behandlung als medizinisch notwendig, wenn „zum Zeitpunkt der Behandlung aufgrund objektiver medizinischer Befunde und Erkenntnisse vertretbar gewesen ist, die Behandlung als notwendig zu betrachten.“

Sogar, wenn alle drei Bedingungen erfüllt sind, gibt es leider Fälle von Erstattungsverweigerung seitens der Kostenträger. Das liegt häufig daran, dass von Beihilfestelle zu Beihilfestelle und selbst von Sachbearbeiter zu Sachbearbeiter unterschiedlich geurteilt wird. Die Beweislast für die medizinische Notwendigkeit aber obliegt dem Patienten.

Ein probates Mittel zur Vermeidung solchen Abrechnungsärgers stellt das rechtzeitige Einholen der Zustimmung der zuständigen Kostenträger im Vorfeld der Maßnahme dar. Ab Kosten von 2.000 Euro ist die Krankenversicherung verpflichtet, auf einen Kostenvorschlag zu reagieren und gegebenenfalls eine Kostenzusage zu geben, bei der Beihilfe ab 1.000 Euro. Man kann aber auch bei günstigeren Maßnahmen eine Leistungszusage beantragen. In jedem Fall muss die Versicherung binnen 4 Wochen antworten.

Rechnungen nicht korrekt

Krankenkostenrechnungen müssen inhaltlich und formal korrekt sein, sonst kann die Bezahlung durch die Leistungserbringer abgelehnt werden. Die korrekte Angabe von Zahlen, Daten und Namen, aber auch die Verwendung der exakten Ziffern der Gebührenordnung für Ärzte/Zahnärzte ist dabei unabdingbar.

Gerade bei Abrechnungen von Belegärzten in Privatkliniken genügen deren für Privatrechnungen verwendete Textbausteine immer wieder mal nicht den Anforderungen.

Mitwirkungspflicht

Privatpatienten stehen in der Pflicht, ihre Rechnungen an ihre Krankenversicherung vor dem Einreichen auf Korrektheit und Plausibilität zu prüfen. Dieser Vorgang wird juristisch als nebenvertragliche Pflicht bezeichnet. Etwaige Auffälligkeiten müssen sodann dem Versicherer mitgeteilt werden.

Kürzungen

Die Kostenträger können bei Zweifeln an der Angemessenheit einer Leistung oder dem Umfang von Ausgaben ihre Erstattungen kürzen oder ganz verweigern. Allerdings sind sie dann in der Pflicht, die Unangemessenheit der Leistung oder der Kosten zu belegen. Und wenn dann noch die medizinische Notwendigkeit nicht zu erkennen ist, wird zu Recht gekürzt.

Wenn Sie mit Ihren privaten Krankenkostenabrechnungen oder Ihrem Beihilfebescheid nicht zurecht kommen, dann fragen Sie bei Ihrer zuständigen Beihilfestelle nach oder wenden Sie sich an ausgewiesene Spezialisten wie beispielsweise die Fachleute von MEDIRENTA – dem gerichtlich zugelassenen Beihilfeberater und Kooperationspartner der GdP-Berlin.

MEDIRENTA Classic

Buckower Damm 114 · 12349 Berlin
Tel. +49 30 27 00 00
info@medirenta.de · www.medirenta.de